



Prof. Dr. Hakki Keskin

Mitglied des Deutschen Bundestages
EU- Erweiterungsbeauftragter der Fraktion DIE LINKE.
Mitglied des Verteidigungsausschusses
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des
Europarats und der WEU

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (030) 227 – 70838

Fax: (030) 227 – 76838

Email: hakki.keskin@bundestag.de
www.keskin.de

Berlin, 19. Juni 2009

Bericht über meine Reise vom 7. bis 13. Juni 2009 nach Istanbul und Ankara

Über die jüngsten politischen Entwicklungen in der Türkei wird in großen Teilen der türkischen Öffentlichkeit und in der Parteienlandschaft kontrovers diskutiert. Manche dieser Entwicklungen werden auch mit Sorge beobachtet. Seit über einem Jahr läuft unter dem Namen „Ergenekon“ ein Prozess, bei dem zahlreiche regierungskritische Hochschullehrer, Journalisten, Intellektuelle und pensionierte Offiziere, sowie Mitglieder von zivilen Organisationen inhaftiert wurden. Unter der Bevölkerung, insbesondere unter den Intellektuellen hat sich eine Angst breitgemacht, die mit Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht zu vereinbaren ist. Ohne rechtsstaatliche Prinzipien zu beachten, werden die Telefongespräche von Zehntausenden mitgehört. Regierungskritische Journalisten, Universitätsrektoren und -professoren werden in Nacht- und -Nebel-Aktionen im Beisein der Medien auf Ruf schädigende Art und Weise in Haft genommen. Sie bleiben monatelang in Haft, ohne zu wissen, was ihnen vorgeworfen wird.

Ziel meiner Reise war es, zu erkunden, inwieweit die oben beschriebene Situation in der Türkei zutrifft und wie die politische Lage bewertet wird.

Deshalb habe ich in Istanbul mit drei Universitätsprofessoren, einem renommierten Verfassungsrechtler, einem Dekan einer juristischen Fakultät und einer Strafrechtlerin eingehende Gespräche geführt.

Zudem führte ich ein längeres Gespräch mit dem Vorsitzenden der linksorientierten Gewerkschaft DISK, Herrn Süleyman Çelebi.

Außerdem besuchte ich die regierungskritische Tageszeitung „Cumhuriyet“ und tauschte mich dort mit dem Kolumnisten Herrn Dr. Alev Coskun sowie dem leitenden Redakteur der Zeitung, Herrn Güray Öz, zu den oben aufgeführten Themen, sowie über die allgemeine politische und gesellschaftliche Lage in der Türkei aus.

Alle meine Gesprächspartner in Istanbul haben ausführlich dargelegt, dass zahlreiche regierungskritische Personen mit Methoden eingeschüchert und in manchen Fällen inhaftiert werden, die mit rechtsstaatlichen Prinzipien unvereinbar sind.



Prof. Dr. Hakki Keskin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sie alle sind durchaus der Meinung, dass es unter den Inhaftierten auch Personen geben könne, die rechtswidrige Vergehen und Straftaten begangen haben. Allerdings seien viele von denen, die sich heute auch in Haft befänden, überzeugte Demokraten, die sich seit Jahrzehnten für einen demokratischen, sozialen und laizistischen Rechtsstaat einsetzten und sich daher einen ehrenhaften Namen in der Öffentlichkeit gemacht hätten. Diese kritisierten jedoch die von der Regierung Erdogan sowie seinem politischen Umkreis begünstigten antilaizistischen Tendenzen und Politiken.

Der DISK-Vorsitzende beklagte zusätzlich die fehlenden Mindeststandards im Bereich der Sozial- und Arbeitspolitik und der gewerkschaftlichen Rechte. Diesbezüglich hat die ILO die Türkei bereits mehrmals ermahnt. Er legte anhand von Beispielen dar, dass seitens der Regierung Druck auf regierungskritische Gewerkschaften ausgeübt wird.

In Ankara traf ich den renommierten Journalisten der liberalen Tageszeitung Milliyet, Herrn Fikret Bila. Er habe anfangs den Eindruck gehabt, im Rahmen der „Ergenekon-Operationen“ könne es sich um Festnahmen handeln, die tatsächliche Straftäter zum Ziel hatten. Doch im Laufe der sogenannten Operationswellen sei ihm zunehmend klar geworden, dass das Hauptziel dieser „Ergenekon-Operationen“ und Festnahmen regierungskritische Intellektuelle seien, die eingeschüchtert und wenn möglich mundtot gemacht werden sollten. Gleichzeitig streitet Herr Bila nicht ab, dass sich unter den Verhafteten durchaus auch Straftäter befinden könnten. Alle diese Maßnahmen belegten jedoch, dass mit diesen Aktionen die oppositionellen Medien, laizistisch orientierten Hochschulprofessoren und Vertreter mancher zivilen Organisationen, die sich gezielt für die Bildung und Förderung benachteiligter Mädchen und jungen Frauen einsetzen, geschwächt und eingeschüchtert werden sollen.

Mit drei Richtern und zwei Staatsanwälten führte ich in der Zentrale des „Vereins von Richtern und Staatsanwälten“ in Ankara intensive Gespräche insbesondere über die Verstöße und Unregelmäßigkeiten im Justizwesen.

Sie erläuterten sehr detailliert, auf welche Art und Weise beim Abhören von zehntausenden Telefonen, bei der Durchsuchung von Wohnungen und bei Inhaftierungen ganz erhebliche Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit begangen worden seien. Als Beispiel nannten sie u.a. folgendes Vorgehen: Seitens der Polizei würden ohne Namen hunderte Telefonnummern aufgelistet und dem zuständigen Staatsanwalt mit der Forderung, diese Telefone abhören zu dürfen, vorgelegt. Auch nach geltendem türkischem Recht darf jedoch ein Telefon nur dann abgehört werden, wenn ein begründeter Verdacht auf schwerste Kriminalität vorliegt. Bei den gegenwärtig von der Polizei der



Prof. Dr. Hakki Keskin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Staatsanwaltschaft und den Richtern vorgelegten Listen fehlten jedoch sowohl die Namen als auch jegliche Begründungen. Bei einer Ablehnung der Zustimmung seitens der Staatsanwälte und Richter hätten diese berufsbezogene Sanktionen und Nachteile zu befürchten. Gleiches gelte in Bezug auf Durchsuchungs- bzw. Haftbefehle.

Eine weitere Information, die an der Unabhängigkeit der Justiz Zweifel erlaubt, ist die, dass die Auswahl zukünftiger Richter seitens einer Kommission mit sieben Mitgliedern getroffen wird, von denen fünf Personen dem Justizministerium angehören.

Meine Gesprächspartner waren geschlossen der Meinung, dass die ohnehin sehr problematische Verfassung von 1982 von vorherigen Regierungen noch nie so einseitig instrumentalisiert worden sei, wie dies heute der Fall sei.

Auch habe ich mit einigen Vertretern und Vorsitzenden politischer Parteien eingehende Gespräche geführt.

Diese waren:

- Herr Hüsamettin Cindoruk, der neu gewählte Vorsitzende der „Demokratischen Partei“, (eine mitte-rechts Partei), der die Unterstützung des ehemaligen Staatspräsidenten Süleyman Demirel und des ehemaligen Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz hat,
- Herr Deniz Baykal, der Oppositionsführer und Vorsitzender der sozialdemokratisch orientierten „Republikanischen Volkspartei“ (CHP), sowie der außenpolitische Sprecher der Partei CHP, Herr Dr. Onur Öymen.

Ich habe mit diesen die gegenwärtige politische, soziale und ökonomische Situation in der Türkei bewertet. Sie alle waren besorgt über die zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft.

Herr Cindoruk, der sich mit seinen 76 Jahren noch einmal die strapaziöse Aufgabe eines Parteivorsitzes zumutet, begründete diesen Entschluss wie folgt: Er führte die gegenwärtige Polarisierung der Gesellschaft, die erheblichen Verstöße gegen rechtsstaatliche und laizistische Prinzipien als seine Motivation für das Amt des neuen Vorsitzenden der Demokratischen Partei an.

Auch Herr Deniz Baykal und Herr Dr. Onur Öymen haben sich sehr kritisch über die beängstigenden Verstöße gegen die rechtsstaatliche Ordnung in der Türkei geäußert. Gerade in diesen Tagen war in der türkischen Presse die Äußerung von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier über die CHP zu lesen, dass die CHP den EU-Beitritt der Türkei sowie die von der Regierung angestrebte Demokratisierung nicht unterstütze. Sowohl Herr Baykal als auch



Prof. Dr. Hakki Keskin

Mitglied des Deutschen Bundestages

Herr Öymen waren wegen dieser Äußerung sehr verärgert und fanden sie in keiner Weise sachgerecht. Selbstverständlich unterstützten sie den EU-Beitrittsprozess der Türkei voll und ganz, allerdings mit der grundsätzlichen Forderung nach Gleichbehandlung der Türkei mit den aufgenommenen Staaten und den aufzunehmenden EU-Kandidaten. Sie lehnten eine Behandlung nach zweierlei Maß entschieden ab. Gerade die CHP trete für eine fundamentale Demokratisierung und die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei ein. Allerdings beinhalteten die von der AKP eingebrachten Gesetzesänderungen keine substantiellen Verbesserungen und würden zudem größtenteils zur Begünstigung der eigenen Interessen dienen.

Gerade im Dezember 2008 habe die CHP ein umfassendes Parteiprogramm verabschiedet, durch welches die oben beschriebenen Behauptungen gegen sie widerlegt würden. In Kürze werde eine Zusammenfassung des Parteiprogramms auch in deutscher Sprache veröffentlicht werden.

Alle meine Gesprächspartner haben das Schweigen der deutschen und anderen europäischen Medien, politischen Parteien sowie Regierungen zu den gravierenden Verstößen gegen Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit im Rahmen der „Ergenekon“-Verhaftungen und die Einschüchterungspolitik gegen regierungskritische Medien und Personen stark kritisiert und konnten dieses Verhalten nicht nachvollziehen.

Ich habe selbstverständlich auch ein Gespräch mit dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara, Herrn Dr. Eckart Cuntz, über verschiedene Themen geführt. Zu diesen gehörten u.a. die in der türkischen Öffentlichkeit stark diskutierte Visafrage nach den neuesten Gerichtsurteilen, sowie die politische und wirtschaftliche Lage in der Türkei. Ich habe die Kritik meiner oben genannten Gesprächspartner an den Herrn Botschafter weitergegeben und mich mit ihm hierüber ausgetauscht.

Ich habe diesen Bericht ausführlich verfasst, weil ich der Meinung bin, dass diese in großen Teilen der türkischen Intellektuellen und Oppositionsparteien als besorgniserregend empfundene Entwicklung in der Türkei hier in Deutschland und in der EU aufmerksam verfolgt werden sollte. Die bisherige, als einseitig AKP-nah empfundene, Orientierung der EU-Staaten, darunter insbesondere die Deutschlands, könnte zu einer anhaltenden Beschädigung der wichtigen Beziehungen zwischen demokratisch-laizistisch und stets pro-westlich orientierten Intellektuellen und Oppositionsparteien in der Türkei und Europa führen.